

Bezirk Oberbayern

Niederschrift	
über die Sitzung des	Sozial- und Gesundheitsausschusses
Nr.	04/ 2009
Datum	15. Oktober 2009
Ort	Bezirksverwaltung – Sitzungssaal 5. Stock
Beginn	09.40 Uhr
Ende	11.30 Uhr

Anwesend sind:

Vorsitzender:	Hr. BTP Mederer
Ausschussmitglieder	Hr. BR Ammer, Fr. BRin Broschei, Hr. BR Eichiner, Hr. BR Geiger, Hr. BR Specker in Vertretung für Fr. BRin Heigl, Fr. BRin Hügenell, Hr. BR Loy, Fr. BRin Neubauer, Hr. BR Rippel, Hr. BR Bichler in Vertretung von Hr. BR Schwab,
Sachverständige:	Hr. Niedermeier, Hr. Urek, Hr. Dr. Orlich, Hr. Warth, Hr. Stubican, Fr. Fürst, Hr. Habel, Fr. Majewski, Hr. Ulbricht, Hr. Möhrmann, Hr. Selensky, Frau Schramm, Hr. Freitag, Fr. Schramm in Vertretung von Hr. Schärfl
Verwaltung	Hr. Dr. Bruckmann, Hr. Brinckmann, Hr. Wirth, Hr. Heffner, Hr. Filesch, Hr. Reil, Frau Tobolar-Karg, Hr. Sonntag, Fr. Büllesbach, Fr. Erdmann, Hr. Rössler, Hr. Thaler, Hr. Schempp, Hr. Kohl, Fr. Wenzig
Einrichtungen	Fr. Oberärztin Dr. Klein
Sonstige	Hr. Josef Alois Schmöger, Fr. BRin Jenkner, Fr. Schmitz (ROB), Fr. BRin Waldmann sowohl die beiden Vertreter, Fr. BRin Weiß sowohl die beiden Vertreter, Hr. BR Schwab, Hr. Dr. Schmied, Fr. Neuwinger, Hr. Prof. Dr. med. M. Dose, Hr. Seuß, Fr. Formisano, Hr. Strauch, Hr. Pfarrer Dr. Bauer, Hr. Vorstand Spuckti, Herr Schärfl, Fr. BRin Heigl
Entschuldigt	
Protokollführerin	Fr. Weindl/Fr. Hanner

Tagesordnung:

		Seite
Sozial- und Gesundheitsausschuss		
I. Öffentliche Sitzung:		
TOP 1	Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung	5

TOP 2	Erhöhung der Sachkostenpauschalen im Bereich der ambulant-komplementären psychiatrischen Versorgung in Oberbayern und im Bereich der überregionalen Dienste der offenen Behindertenarbeit.	6
TOP 3	Reform der regionalen Offenen Behindertenarbeit in Oberbayern Hier: Umsetzung der gemeinsamen Richtlinien des Freistaats Bayern und der bayerischen Bezirke Schlussbericht	6-7
TOP 4	Förderung der überregionalen Dienste der offenen Behindertenarbeit Antrag des Autismus Kompetenz-Zentrums zur personellen Aufstockung im Zusammenhang mit der Übernahme der Aufgaben des Autismus Oberbayern e. V.	7
TOP 5	Qualifizierung von Menschen mit geistiger und/oder körperlicher Behinderung in Werkstätten für behinderte Menschen zur Vermittlung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt (QVA)	7-8
TOP 6	Vergütungszuschläge gemäß § 87 b SGB XI für nicht versicherte pflegebedürftige Sozialhilfeempfänger/Innen mit erheblichem allgemeinem Betreuungsbedarf	8-9
TOP 7	Vergütung und Arbeitsbedingungen von Gebärdensprachdolmetschern/Innen im Bereich des Bezirks Oberbayern	5
TOP 8	Unterhalt für Leistungen der Mobilitätshilfe	9
TOP 9	Strategische Sozialplanung des Bezirks Oberbayern-Grundhaltung, Ziele und Vorhaben im Bereich der Eingliederungshilfe und der stationären Hilfe zur Pflege	5-6
TOP 10	Pflegestützpunkte – aktueller Sachstand (mündlicher Vortrag)	9
TOP 11	Tätigkeit der Patientenfürsprecher im Isar-Amper-Klinikum gemeinnützige GmbH, Klinik Taufkirchen“ Antrag „Die Linke“ vom 16.07.2009 /Stellungnahme des IAK vom 28.07.2009	10
TOP 12	Antrag Bündnis 90 / Die Grünen vom 09.09.2009 Mittagessen/Rückzahlungsregelung	10
TOP 13	Anfragen der FDP-Fraktion vom 07.07.2009	10
TOP 14	Bekanntgaben und Sonstiges	11

Herr BTP Mederer begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Über die Tagesordnung besteht Einverständnis.

Es bestand in der Sitzung Einvernehmen, dass TOP 7 und TOP 9 aus zeitlichen Gründen vor TOP 2 behandelt werden.

TOP 1: Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung

Eine Anmerkung zum Protokoll der letzten Sitzung bezüglich TOP 8 Seite 24 wurde zur Kenntnis genommen.

Das Protokoll der letzten Sitzung vom 23.07.2009 wird ohne Einwände genehmigt.

TOP 7: Vergütung und Arbeitsbedingungen von Gebärdensprachdolmetschern/Innen im Bereich des Bezirks Oberbayern

Seit dem 01.03.2002 sind die Vergütung und die Arbeitsbedingungen der im Rahmen der Eingliederungshilfe in Form der Hilfe zum Besuch einer Hochschule eingesetzten Gebärdensprachdolmetscher/Innen in dem bis dato gültigen „Merkblatt über Leistungen des Bezirks Oberbayern – Vergütung für Gebärdensprachdolmetscher/Innen –, geregelt.

Im März 2009 ist der Berufsfachverband der Gebärdensprachdolmetscher/Innen Bayern e. V. (BGSD) sowie der Gehörlosenverband München und Umland e. V. (GMU) an die Verwaltung des Bezirks Oberbayern herangetreten und hat in einem Gespräch um eine Erhöhung der zu zahlenden Vergütung sowie eine Standardverbesserung bei den Arbeitsbedingungen analog den beigefügten „Empfehlungen des Integrationsamtes Bayern zur Bezuschussung von Leistungen für Gebärdensprachdolmetscher und Gebärdensprachdolmetscherinnen an Arbeitgeber gem. § 27 SchwbAV“ gebeten.

Beschluss 24/09	Ab Beginn des Wintersemesters 2009/2010 werden die Leistungen von GebärdensprachdolmetscherInnen entsprechend den „Empfehlungen des Integrationsamtes Bayern zur Bezuschussung von Leistungen für Gebärdensprachdolmetscher und Gebärdensprachdolmetscherinnen an Arbeitgeber gem. § 27 SchwbAV“ vom 31.03.2009, Az. IV 1 / 6436, vergütet.
----------------------------------	--

TOP 9: Strategische Sozialplanung des Bezirks Oberbayern-Grundhaltung, Ziele und Vorhaben im Bereich der Eingliederungshilfe und der stationären Hilfe zur Pflege

Nach Sachvortrag und Diskussion stimmt der Sozial- und Gesundheitsausschuss dem vorgelegten Papier „Strategische Sozialplanung des Bezirks Oberbayern-Grundhaltung, Ziele und Vorhaben“ zu.

Beschluss 26/09	Der Sozial- und Gesundheitsausschuss stimmt dem Papier „Strategische Sozialplanung des Bezirks Oberbayern- Grundhaltung, Ziele und Vorhaben“ für die Bereiche der Eingliederungshilfe und der stationären Hilfe zur Pflege als Richtungsvorgabe zur Orientierung im strategisch-operativen Aktionsfeld von Planung und Steuerung und der Umsetzung von Maßnahmen in der Sozialverwaltung zu.
----------------------------	---

TOP 2: Erhöhung der Sachkostenpauschalen im Bereich der ambulant-komplementären psychiatrischen Versorgung in Oberbayern und im Bereich der überregionalen Dienste der offenen Behindertenarbeit.

Im pauschalfinanzierten Bereich der ambulanten Versorgung von Menschen mit Behinderung in Oberbayern wurden bei den über 400 Diensten und Beratungsstellen sowie Projekten 2008 und 2009 die Personalkosten aufgrund Tarifsteigerung in zwei Stufen erhöht.

Da die Förderrichtlinien neben den Personalkosten auch die Finanzierung von Sachkosten sowie Erstausrüstung vorsehen, soll gemäß Empfehlung des Hauptausschusses des Verbandes der Bayerischen Bezirke vom 28. Mai 2009 die Sachkostenpauschale ab 01.01.2010 erhöht werden. Die Sachkostenpauschale wird in Verbindung mit einer finanzierten Fachstelle gewährt. Die Erhöhung, bezogen auf etwa 500 Planstellen in Oberbayern, verursacht einen finanziellen Mehrbedarf von etwa 800.000,00 Euro im Jahr. Die erforderlichen Finanzmittel werden bei den entsprechenden Haushaltsstellen für 2010 eingestellt.

Beschluss 19/09	Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt die Anhebung der Pauschalen für Sachkosten und für die Kosten der Erstausrüstung pro geförderter Planstelle gemäß der Empfehlung des Hauptausschusses des Verbandes der bayerischen Bezirke für die Dienste der ambulant-komplementären psychiatrischen Versorgung und für die überregionalen Dienste der offenen Behindertenarbeit ab 01.01.2010. Die oberbayerischen Förderrichtlinien werden ab 01.01.2010 angepasst.
----------------------------	---

TOP 3: Reform der regionalen Offenen Behindertenarbeit in Oberbayern Hier: Umsetzung der gemeinsamen Richtlinien des Freistaats Bayern und der bayerischen Bezirke

Schlussbericht

Nach Erarbeitung der gemeinsamen Förderrichtlinie des Freistaates Bayern und der Bayerischen Bezirke wird die Förderrichtlinie zum 01.01.2010 in Kraft treten. Mit Hilfe der Förderrichtlinie werden in Oberbayern 55 Dienste der Regionalen Offenen Behindertenarbeit gemeinsam vom Freistaat Bayern und dem Bezirk Oberbayern finanziert. Die Umsetzungsgespräche sind mit allen beteiligten Diensten geführt worden unter Einbindung des Freistaates Bayern, der Landesverbände der Wohlfahrtspflege, der Bezirksverbände

der Wohlfahrtspflege sowie der Landeshauptstadt München. Die Gesamtkosten der Finanzierung belaufen sich auf 7.280.314,00 €. Der Anteil des Freistaates Bayern beträgt 1.805.440,00 €, der Anteil des Bezirks Oberbayern 5.474.874,00 €. Die erforderlichen Finanzmittel werden im Haushalt 2010 eingestellt.

Es wird im Protokoll festgehalten, eine übersichtliche Tabelle über die Ist-Versorgungsstruktur bezogen auf alle Landkreise und Bevölkerungszahl dem Protokoll beizufügen.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den vorgelegten Schlussbericht zur Kenntnis.
--

TOP 4: Förderung der überregionalen Dienste der offenen Behindertenarbeit.

Antrag des Autismus Kompetenz-Zentrums zur personellen Aufstockung im Zusammenhang mit der Übernahme der Aufgaben des Autismus Oberbayern e. V.

Das Autismuskompetenzzentrum übernimmt die Tätigkeiten bei der Versorgung von betroffenen Menschen und Familien vom Verein Autismus Oberbayern e. V. Der Verein hat in der Vergangenheit betreuerische Maßnahmen in der Versorgung in Oberbayern übernommen. Um unterschiedliche Strukturen zu vermeiden, werden sämtliche Aktivitäten, die zur Versorgung von Menschen mit Autismus in Oberbayern durchgeführt werden, vom Autismuskompetenzzentrum aus koordiniert bzw. durchgeführt. Für die qualitative Betreuung beantragt das Autismuskompetenzzentrum die Finanzierung von 1,5 weiteren Planstellen ab 2010. Die Finanzierung erfolgt gemeinsam mit dem Freistaat Bayern; der Anteil des Bezirks Oberbayern beläuft sich auf 66.340,00 €. Entsprechende Haushaltsmittel werden im Haushalt 2010 eingestellt.

Der Beschlussvorschlag wird um den Zusatz „Oder – Der personellen Aufstockung wird nicht zugestimmt“ geändert.

Über den geänderten Beschlussvorschlag wird abgestimmt.

Beschluss 21/09	Der Sozial- und Gesundheitsausschuss des Bezirks Oberbayern beschließt die personelle Aufstockung des Autismus - Kompetenz Zentrums in München um 1,5 Planstellen für Fachkräfte. Die erforderlichen Finanzmittel für dieses Personal und die erforderliche Erstausrüstung in Höhe von 66.340 € werden in den Haushalt 2010 eingestellt.
----------------------------	---

TOP 5: Qualifizierung von Menschen mit geistiger und/oder körperlicher Behinderung in Werkstätten für behinderte Menschen zur Vermittlung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt (QVA)

Für eine nachhaltige Vermittlung von Beschäftigten der WfbM auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt bedarf es einer gezielten Förderung. In den vergangenen Jahren wurde die Vermittlung mit Hilfe von Projekten des Europäischen Sozialfonds unterstützt.

Die Förderungen wurden zwischen 1993 und 2007 getätigt, dann sind die Förderprogramme ausgelaufen.

Die Oberbayerische Qualifizierungsmaßnahme QVA für Menschen mit geistiger und/oder körperlicher Behinderung ist ein Modell, durch welches die Vermittlungsquote aus der WfbM heraus auf den allgemeinen Arbeitsmarkt erhöht werden kann. Beteiligt sind die Werkstätten und die Integrationsfachdienste.

Das Modell wird auf 40 Monate angelegt, die Anzahl der Teilnehmer wird mit 15 festgesetzt. Den kalkulatorischen Aufwendungen in Höhe von 200.000,00 € stehen kalkulatorische Einsparungen in Höhe von 376.000,00 € gegenüber. Im Falle von erfolgreichen Vermittlungen wird der Bezirk Oberbayern finanziell entlastet.

Der Beschlussvorschlag wird um den Zusatz „nach 12 Monaten“ im zweiten Absatz ergänzt.

Beschluss 22/09	Der Sozial- und Gesundheitsausschuss des Bezirks Oberbayern beschließt die Durchführung des Projektes zur „Qualifizierung von Menschen mit geistiger und/oder körperlicher Behinderung in Werkstätten für behinderte Menschen zur Vermittlung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt“ ab Juli 2009. Die Verwaltung wird beauftragt über die ersten Zwischenergebnisse des Projekts nach 12 Monaten im Sozial- und Gesundheitsausschuss des Bezirks Oberbayern zu berichten.
----------------------------	--

TOP 6: Vergütungszuschläge gemäß § 87 b SGB XI für nicht versicherte pflegebedürftige Sozialhilfeempfänger/Innen mit erheblichem allgemeinem Betreuungsbedarf

Herr Wirth erläutert die Sitzungsvorlage und geht insbesondere auf die rechtliche Situation ein und stellt dar, warum eine Übernahme der Vergütungszuschläge durch den Bezirk nur als freiwillige Leistung in Betracht käme.

Allerdings bedeute diese Gesetzeslage, dass pflegebedürftige SozialhilfeempfängerInnen in Pflegeheimen mit einem erheblichem Bedarf an allgemeiner Beaufsichtigung und Betreuung, die nicht pflegeversichert sind, diese Leistung nicht erhalten könnten, es sei denn, sie könnten sie selbst aus ihrem Einkommen oder ihrem geschützten Vermögen finanzieren.

Würden die „Dementenzuschläge“ für nicht pflegeversicherte Leistungsberechtigte in Pflegeheimen nicht vom Sozialhilfeträger übernommen, würde diese Personengruppe faktisch von diesem sehr wichtigen neuen Leistungspaket der Pflegeversicherungsreform ausgeschlossen. Dies könnte zu einer den Heimfrieden gefährdenden Ungleichbehandlung von sozialhilfeleistungsberechtigten HeimbewohnerInnen führen.

Beschluss 23/09	<p>Der Bezirk Oberbayern übernimmt die Vergütungszuschläge gemäß § 87 b SGB XI für pflegebedürftige Sozialhilfeempfängerinnen in Pflegeheimen, die nicht pflegeversichert sind, in Höhe der mit den Pflegekassen vereinbarten Beträge unter folgenden Voraussetzungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Es besteht ein Anspruch auf Hilfe zur Pflege in einem Pflegeheim gegenüber dem Bezirk Oberbayern. ➤ Die persönlichen Voraussetzungen des Anspruchs nach § 87 b SGB XI sind erfüllt. ➤ Zwischen der Pflegeeinrichtung und den Pflegekassen besteht eine Vereinbarung nach § 87 b SGB XI. <p>Die Voraussetzungen des § 87 b SGB XI werden von der Einrichtung erfüllt.</p>
----------------------------------	---

Top 8: Unterhalt für Leistungen der Mobilitätshilfe

Auf Forderungen von Unterhaltsleistungen der Angehörigen sollte hierbei verzichtet werden. Zum einen ist nicht klar, ob es sich bei Mobilitätshilfe überhaupt um unterhaltsrechtlich relevanten Bedarf handelt. Zum anderen stellt dies eine erhebliche Mehrbelastung des Antragsstellers und seiner Angehörigen dar, da der Antragssteller seinen Bedarf konkret nachweisen muss und die Angehörigen ebenfalls Ihre Einkommens- und Vermögensverhältnisse darlegen müssen. Hier besteht die Gefahr, dass aus diesem Grunde auf die beantragte Leistung verzichtet wird. Im Übrigen verzichten die anderen Bezirke ebenfalls auf Unterhalt bei Mobilitätshilfe.

Beschluss 25/09	Unterhaltsansprüche wegen Leistungen der Mobilitätshilfe werden nicht geltend gemacht.
----------------------------------	---

Top 10: Pflegestützpunkte – aktueller Sachstand

	Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.
--	---

Top 11: Tätigkeit der Patientenfürsprecher im Isar-Amper-Klinikum gemeinnützige GmbH, Klinik Taufkirchen“

Antrag „Die Linke“ vom 16.07.2009 /Stellungnahme des IAK vom 28.07.2009

Die Fraktion „Die LINKE“ hat in einem Antrag vom 16.07.2009 Hinweise zum forensischen Bereich des Isar-Amper-Klinikums, Klinik Taufkirchen gegeben. Das Gremium befasst sich mit dem Antrag und den Stellungnahmen der betroffenen Stellen.

Der Ausschuss nimmt vom Antrag und den hierzu ergangenen Stellungnahmen Kenntnis.
--

Top 12: Antrag Bündnis 90 / Die Grünen vom 09.09.2009

Mittagessen/Rückzahlungsregelung

Herr Wirth erläutert die rechtliche Grundlage für die vom Bezirk Oberbayern angebotene pauschale Erstattung der für die Zeit vom 01.01.2005 bis 31.05.2009 aufgewendeten Kosten für das Mittagessen und verweist auf die ausführliche Sitzungsvorlage. Derzeit erhalten die Leistungsberechtigten, die ihre Einspruchsmöglichkeit gegen die angebotene pauschale Erstattung wahrgenommen haben, nochmals ein Erläuterungsschreiben.

Als Tischvorlage wurde über den aktuellen Sachstand zur Umsetzung des Urteils des BSG vom 09.12.2008 (Mittagessen) berichtet.

Der Sozialausschuss nimmt die Stellungnahme zur Anfrage der Bezirkstagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 09.09.2009 zur Kenntnis.

Der Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen.
--

TOP 13: Anfragen der FDP-Fraktion vom 07.07.2009

Die Anfrage der FDP-Fraktion vom 07.07.2009 zum Thema Armutsrisiko von behinderten und pflegebedürftigen Menschen wurde erörtert.

Die Beantwortung der Fragen wird zur Kenntnis genommen.
--

TOP 14: Sonstiges und Bekanntgaben:

Anträge der FDP – Fraktion

Antrag I: Bewilligungsverfahren von Schulbegleitern

Antrag II: Einsatz von Schulbegleitern i. S. v. § 54 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB XII

Die Antwort auf die Anfrage der FDP-Fraktion zum Einsatz und zu dem Bewilligungsverfahren von Schulbegleitern wird zur Kenntnis genommen.
--

- Anregung von Herrn BTP Mederer an das Gremium bezüglich Anfragen/Anträge von Bezirksräten

Falls es Informationsbedarf zu bestehenden Punkten gibt, sind diese an den BTP zu melden. Es wird dann diesbezüglich ein Informationstag angeboten um umfassend und umfangreich diese Themen abzuhandeln.

- Information bezüglich Antrag SPD-Fraktion „Schaffung einer Clearingstelle“

Antrag wird positiv gesehen eine Clearingstelle einzurichten. Es bedarf hierzu noch gewisse Abstimmungen.

- Anfrage BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN über die Abgrenzung der Eingliederungshilfe

Die Verwaltung wird mit dem Thema beauftragt.

Nachdem keine Anträge bzw. Wortmeldungen folgen, bedankt sich BTP Mederer bei den Anwesenden und schließt um 11.30 Uhr die öffentliche Sitzung.

BEZIRK OBERBAYERN
München, 15.10.2009

Josef Mederer
Bezirkstagspräsident

M. Weindl/Hanner
Protokollführerin